

# Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 207

Anton Rauscher  
Arbeit für alle

J.P. BACHEM VERLAG

---

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ will der Information und Orientierung dienen. Sie behandelt aktuelle Fragen aus folgenden Bereichen:

*Kirche, Politik und Gesellschaft*

*Staat, Recht und Demokratie*

*Wirtschaft und soziale Ordnung*

*Familie*

*Schöpfungsverantwortung und Ökologie*

*Europa und Dritte Welt*

Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

### Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Viktoriastraße 76**

**41061 Mönchengladbach**

Tel. 0 21 61 / 20 70 96 · Fax 0 21 61 / 20 89 37

### Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

---

1994

© J. P. Bachem Verlag GmbH, Köln

ISBN 3-7616-1223-0

Bis zum Fall der Mauer am 9. November 1989 und zur deutschen Einigung am 3. Oktober 1990 ist die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik ungewöhnlich erfolgreich verlaufen. Seit der letzten Rezession und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf erstmals über 2 Millionen, was 1982 mit zur Ablösung der sozialliberalen Regierung geführt hatte, waren nahezu 3 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze entstanden, viele davon im Dienstleistungsbereich. Die Zahl der Beschäftigten hatte mit knapp 30 Millionen einen Höchststand erreicht. Wenn trotzdem die Zahl der Arbeitslosen, die zwar wieder unter die 2 Millionen-Grenze gesunken war, nicht stärker zurückgedrängt werden konnte, so lag dies an der stark steigenden Zahl von Frauen und Männern, die Arbeit suchten. Auch die deutsche Einigung änderte zunächst wenig am günstigen Verlauf der Konjunktur. Während die Wirtschaftstätigkeit in den USA, aber auch in wichtigen Partnerländern der Europäischen Union seit dem Jahre 1990 zurückfiel und lahmte, kam es in Deutschland noch zu einem anhaltenden Nachfrageboom der Menschen in Ostdeutschland nach westdeutschen Konsumgütern und hochwertigen Gebrauchsgütern wie zum Beispiel Autos. In manchen Kreisen hegte man die Hoffnung, daß wir vor einem größeren wirtschaftlichen Einbruch verschont bleiben könnten, wenn sich die Wirtschaft in Nordamerika wieder erholen würde und davon positive Impulse auf die deutsche Exportwirtschaft ausgehen würden.

### **Wirtschafts- und Beschäftigungskrise**

Statt dessen brachte uns das Jahr 1993 die schlimmste wirtschaftliche Rezession der Nachkriegszeit. Der Absatzeinbruch, der viele Wirtschaftszweige traf, bewirkte einen Rückgang der Produktion und eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit. Hatte diese in Westdeutschland im November 1992 1,88 Millionen betragen, so stieg diese Zahl bis Dezember 1993 auf 2,51 Millionen an. Die Arbeitslosenquote, also der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Beschäftigten, erhöhte sich von 6,1 auf 8,1 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter beträgt 556 Tausend. Dies sind statistische Durchschnittszahlen. Sie sagen noch wenig darüber aus, wie die einzelnen Branchen von der Rezession betroffen sind.

Was viele Arbeitnehmer und die Öffentlichkeit so beunruhigt, das sind die Hiobsbotschaften über massiven Personalabbau, die nicht nur von den seit langem krisengeschüttelten Branchen von Kohle und Stahl im Ruhrgebiet und an der Saar kommen, sondern von Großunternehmen, die zur Spitze der deutschen Industrie gehören. Es handelt sich um weltbekannte Unternehmen im Fahrzeug- und Flugzeugbau, im Maschinenbau, in der Elektrotechnik, in der Chemie. Die Arbeitsplätze bei VW, MAN, Mercedes-Benz, Siemens, Bosch,

Bayer oder Höchst galten bisher als krisensicher. Der Absatzrückgang auf den nationalen und internationalen Märkten hat diese Unternehmen voll erfaßt. Auch wenn die Firmenleitungen im Zusammenwirken mit den Betriebsräten versuchen, Entlassungen zu vermeiden beziehungsweise diese so gut es geht sozial abzufedern, so haben diese Unternehmen ihre Belegschaften zum Teil doch drastisch verringert. Derselbe Schrumpfungsprozeß vollzieht sich bei vielen mittleren und kleineren Unternehmen, besonders in der Textil- und Schuhindustrie, ohne daß die Öffentlichkeit davon groß Notiz nimmt.

## **Die Lage in Ostdeutschland**

Was die Lage in den ostdeutschen Bundesländern betrifft, so gibt es Anzeichen dafür, daß die Talsohle durchschritten ist. Das Ergebnis einer Umfrage, wonach dort mehr Bürger als in Westdeutschland hoffnungsvoll in die Zukunft blicken, deckt sich mit günstigen Nachrichten aus der Wirtschaft. So hat die Wirtschaftstätigkeit im Jahre 1993 um 6,3 Prozent zugenommen. Neuerdings ist auch die Zahl der Kurzarbeiter auf 125 Tausend gesunken. All dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland fast doppelt so hoch ist wie im übrigen Deutschland. Sie stieg von 13,4 Prozent im November 1992 auf 15,4 Prozent Ende 1993. 1,18 Millionen Bürger sind ohne Arbeit. Das ganze Ausmaß des Problems wird erst sichtbar, wenn man bedenkt, daß durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld, Vorruhestandsregelungen, ABM für Fortbildung und Umschulung 1,4 Millionen Bürger Hilfen erhalten und deshalb nicht in die Arbeitslosenstatistik eingehen.

Die Angleichung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensverhältnisse in West und Ost ist die größte Herausforderung, vor der die Deutschen stehen. Vorangekommen sind seit der deutschen Einigung die Anstrengungen, die freiheitlich rechtliche und politische Kultur in ganz Deutschland zu verankern. Die Überzeugung ist auch im Osten gewachsen, daß der Rechtsstaat und die Demokratie am ehesten die Gewähr dafür bieten, die Würde jedes Menschen und seine unantastbaren Rechte zu sichern.

Auch im sozialen Bereich wurde vieles erreicht. Die Einkommenssituation der älteren Menschen, die aus dem Erwerbsleben bereits ausgeschieden sind, wurde auf eine neue Grundlage gestellt. Die Ängste, die zunächst unter den Rentnern verbreitet waren, womöglich noch weniger als bisher zu erhalten, erwiesen sich als unbegründet. Auch die übrigen Systeme der sozialen Sicherung bei Krankheit, Invalidität, Unfall und Arbeitslosigkeit konnten in kurzer Zeit auf eine neue sozialstaatliche Grundlage gestellt werden. Immer noch schwierig gestalten sich die Leistungen der Sozialhilfe, weil die Kommunen

noch nicht über ausreichende eigene Einnahmen verfügen und das geltende Sozialhilferecht reformbedürftig ist.

Das Hauptproblem ist der Umbau der Wirtschaft. Niemand hatte sich vor dem Niedergang des Sozialismus ein zutreffendes Bild über den Zustand der ostdeutschen Wirtschaft machen können. Es zeigte sich, daß die Arbeitsproduktivität in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe höchstens ein Drittel so hoch war wie im Westen. Schuld daran waren die mangelhafte Kapitalausstattung und die veraltete Technik, vor allem aber das planwirtschaftliche System. Erschwerend kam hinzu, daß der gesamte Osthandel, auf den die DDR-Wirtschaft ausgerichtet war, nach der Auflösung des Ostblocks fast über Nacht wegbrach. Die Absatzmärkte im Osten fehlten, die Absatzchancen im Westen waren aus einer Reihe von Gründen gering.

Die Folge war ein massiver Beschäftigungsabbau und eine rasch ansteigende Arbeitslosigkeit; sie wurden durch hohe Lohnanpassungen ohne Rücksicht auf die Produktivität verstärkt. Die Investitionen aus dem Westen liefen nur langsam an, zumal oft ungeklärte Eigentumsverhältnisse im Wege standen und weil die Privatisierung und Sanierung der Kombinate nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen waren. Trotz massiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist die Zahl der Erwerbstätigen von 9,750 Millionen im Jahre 1989 auf 6,125 Millionen im Jahre 1992 zurückgegangen. Der Verlust der Arbeitsplätze ist nicht der sozialen Marktwirtschaft anzulasten, sondern der sozialistischen Mißwirtschaft. Die Arbeitsplätze waren nicht wettbewerbsfähig. Dabei fehlt es nicht an Arbeit in Ostdeutschland: der Aufbau der Verkehrswege, die Modernisierung und der Neubau von Wohnraum, die Sanierung der Abwasserversorgung, der Bau eines modernen Kommunikationsnetzes, die hohen Investitionen im Krankenhaus- und Gesundheitsbereich, die Maßnahmen der Umweltsanierung. Aber all diese Ziele können nur erreicht werden, wenn Industrie und Handwerk sowie die übrigen Wirtschaftszweige wieder erstarren und qualifizierte Arbeitsplätze angeboten werden.

Mit der Privatisierung und Sanierung der Kombinate hat die Treuhand dafür gesorgt, daß wenigstens ein Drittel der Arbeitsplätze in der Industrie und im Handwerk erhalten und wettbewerbsfähig wurde. An den verbliebenen Lasten in Höhe von etwa 275 Milliarden DM werden wir noch lange tragen.

### **Das Übel der Arbeitslosigkeit**

Die Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) ist in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1993 um 1,3 Prozent gesunken. In absoluten Zahlen sind dies etwa 40 Milliarden DM. Während die Wirtschaftsleistung in Ostdeutschland, wie schon gesagt, um 6,3 Prozent wuchs, fiel sie in West-

deutschland real um 1,9 Prozent. Diese Entwicklung hat die Arbeitslosigkeit auf den Höchststand von 3,7 Millionen anschwellen lassen. Diese Zahl wäre noch um 2,1 Millionen höher, wenn der Staat nicht durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gegensteuern würde. In anderen Ländern der Europäischen Union ist die Situation noch schlimmer, obwohl diese keine Sonderlasten, wie sie die deutsche Einigung mit sich gebracht hat, zu tragen haben. In Frankreich ist die Arbeitslosenquote seit 1991 von 9,5 auf 12 Prozent gestiegen. In manchen Ländern wie in Spanien hat sie 20 Prozent überschritten.

Ohne Zweifel: Die Arbeitslosigkeit ist das brennendste Problem der Industriegesellschaften. Für die Arbeiter und Angestellten - die abhängig Beschäftigten machen in Deutschland über 80 Prozent der Erwerbstätigen aus! - hängen vom Arbeitseinkommen die Möglichkeiten der Lebensgestaltung ab. Zudem knüpfen soziale Leistungen wie diejenigen der Alterssicherungssysteme an die Löhne und Gehälter an, so daß im Falle von niedrigeren Lohnersatzleistungen entsprechende Einbußen im Alter zu gewärtigen sind.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist zwar unerlässlich, damit die Menschen nicht ins soziale Abseits fallen, aber sie ist nur ein Notbehelf. Die Arbeit, die Erfahrung gebraucht zu werden, ist für das Selbstwertbewußtsein des Menschen ungeheuer wichtig. Arbeit ist mehr und etwas anderes als ein notwendiges Übel, um Geld zu verdienen. Durch seine Arbeit kann sich der Mensch entfalten und das soziale Leben mitgestalten. Die Folgen einer länger anhaltenden Arbeitslosigkeit können für den Betroffenen, für seine Familie, für sein Verhältnis zur Gesellschaft und zum Staat verheerend sein. Schon bei den Menschen, die vorzeitig in Rente gehen, stellt sich häufig der Eindruck ein, sie würden nicht mehr gebraucht, sie gehörten jetzt zum alten Eisen. Bei vielen Arbeitslosen, vor allem bei den Langzeitarbeitslosen, die also ein Jahr oder länger ohne Arbeit sind, wachsen oft die Enttäuschung und die Verbitterung.

Arbeitslosigkeit trifft den Nerv der menschlichen Existenz und sie kann das Vertrauen, auf dem das Zusammenleben der Menschen ruht, stören, ja zerstören. Deshalb muß der Arbeitslosigkeit mit allen verfügbaren Mitteln entgegen gewirkt werden. Dies ist eine sozialetische Aufgabe ersten Ranges.

### **Die strukturellen Ursachen**

Würde es sich bei der gegenwärtigen Rezession um einen konjunkturellen Einbruch handeln, so wäre dies für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen genauso schlimm, aber wir könnten damit rechnen, daß dies ein zeitlich begrenztes und vorübergehendes wirtschaftliches Tief wäre. Derartige konjunkturelle Schwankungen der Wirtschaftstätigkeit hat es immer gegeben. Früher

waren sie stärker ausgeprägt als heute, weil jetzt mehr Instrumente zu ihrer Bekämpfung zur Verfügung stehen.

Das, was die Situation so außerordentlich schwierig macht, sind die strukturellen Ursachen. Hierbei handelt es sich nicht um eine periodisch eintretende Abflachung der Nachfrage. Vielmehr geht es im Kern um die Frage, warum die hochentwickelten Produkte der Unternehmen, die in den letzten Jahren noch stark gefragt waren und die noch Zuwachsraten an den Märkten erzielten, nicht mehr in derselben Weise verkauft werden können. Spektakulär ist der Rückgang des Absatzes der deutschen Autos. Da spielen sicher bei nicht wenigen Bürgern Überlegungen eine Rolle, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten den Kauf eines Neuwagens um ein halbes oder ein ganzes Jahr aufzuschieben. Aber dies allein erklärt nicht den Absatzeinbruch.

Auch Managementfehler werden in der öffentlichen Diskussion dafür verantwortlich gemacht. Sicherlich sind auch die Manager im Nachhinein klüger und versuchen inzwischen, die Produktion auf kleinere Autos umzustellen. Solange der Markt es hergab, jedes Jahr verbesserte und noch teurere Kraftwagen zu bauen, wollten alle Automobilfirmen daran kräftig verdienen in der Erwartung, es würde immer so weitergehen. Aber kann man deshalb den Managern die Wirtschaftskrise anlasten und ihnen vorwerfen, sie hätten die Zeichen der Zeit nicht erkannt? Dies würde nur von den wirklichen Ursachen ablenken. Auch würde völlig verkannt, daß die Entwicklung neuer, zukunftssträchtiger und auf den Märkten absetzbarer Produkte und Produktionen nicht einfach von den Entscheidungen des Managements, vom richtigen Knopfdruck in den Vorstandsetagen abhängt, sondern von sehr vielfältigen Faktoren. Innovationen kann man weder politisch befehlen noch herbeireden.

Sind die strukturellen Probleme der deutschen Wirtschaft darauf zurückzuführen, daß wir inzwischen zu teuer produzieren? Im Ausland kann man immer häufiger die Meinung hören: Die deutschen Autos sind hervorragend, aber wer kann sie noch bezahlen? Dieser Satz könnte auch auf andere hochwertige Industrieprodukte angewandt werden. Auch im Inland wird darauf hingewiesen, daß in Deutschland sehr hohe Löhne und Gehälter gezahlt werden, daß die Deutschen die kürzeste Arbeitszeit (Wochen- und Jahresarbeitszeit) und mit den längsten Urlaub haben, daß der Sozialstaat trotz mancher Kürzungen noch immer ein sehr dichtes Netz der sozialen Sicherheit gewährleistet. Natürlich muß dieses Netz auch bezahlt werden. Dies spiegelt sich in den Lohnzusatzkosten wider, die die höchsten in der Welt sind. Für jede Mark, die ein Unternehmen an Lohn und Gehalt zahlt, muß es zusätzlich noch 90 Pfennig für die Lohnzusatzkosten aufwenden.

Es ist naheliegend, daß Arbeitgeber und Unternehmer die Belastung vor allem durch die Arbeitskosten für die sinkende Wettbewerbsfähigkeit und für die

steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland verantwortlich machen. Die Metall-Arbeitgeber haben erstmals den auslaufenden Tarifvertrag gekündigt mit dem Ziel, die Arbeitskosten, vor allem die Lohnzusatzkosten zu senken. Auch andere Unternehmen - so die Lufthansa oder neuerdings die Vereinbarung, die Mercedes-Benz mit der Belegschaft unter Duldung der IG-Metall abgeschlossen hat - setzen hauptsächlich bei den Lohnzusatzkosten an.

So sehr die Kostenbelastung der Unternehmen zu den Hauptursachen der gegenwärtigen Strukturkrise zählt, für sich genommen ist diese Erklärung unzureichend. Sie kann nämlich nicht die Frage beantworten, warum so viele Produkte, die auch früher schon teuer waren, von 1990 bis 1992 noch genügend Käufer fanden, im Jahr 1993 aber nicht mehr.

### **Die Rahmenbedingungen in Europa haben sich geändert**

Es sind nicht nur die hohen Arbeitskosten, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen sowohl auf den nationalen als auch auf den internationalen Märkten erschweren. Auch die Rahmenbedingungen haben sich in Europa geändert. Vor allem sind es zwei Bündel von Ursachen, die hier in Betracht gezogen werden müssen.

Da sind zunächst die Auswirkungen der Europäischen Union auf die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Mitgliedsländer. Seit dem 1. Januar 1993 gibt es die Einheit des europäischen Binnenmarktes, die den freien Verkehr von Personen, Gütern, Kapital und Dienstleistungen über die bisherigen Grenzen hinweg ermöglicht. Das bedeutet zugleich, daß Unternehmen in Portugal, Italien oder Irland, wenn sie kostengünstiger als die Unternehmen in Deutschland oder Frankreich produzieren, ihre Waren und Dienstleistungen in allen Ländern zu günstigeren Preisen anbieten können. Die Wettbewerbsvorteile zahlen sich mittel- und längerfristig aus. Mit anderen Worten: Der Wettbewerb um die Verbraucher und vor allem um die Verbraucherzentren wird härter werden. Die Auseinandersetzungen in Brüssel um Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft oder für notleidende Stahlunternehmen geben einen Vorgeschmack auf das, was uns noch bevorsteht. Man kann die Liste fortsetzen: Die deutschen Spediteure, die um die Wettbewerbsfähigkeit der mit hohen Steuern belasteten Brummis oder auch der Binnenschiffe fürchten; die Versicherungen, die darüber verunsichert sind, daß Konkurrenzunternehmen aus England auf dem deutschen Markt Fuß fassen könnten. Immer geht es um den Anteil an den europäischen Märkten, der zugleich über die Produktionsmöglichkeiten der heimischen Wirtschaft, damit über Arbeitsplätze und über das Einkommen entscheidet. Diese Entwicklung wird dazu führen, daß größere Unterschiede bei den Arbeitskosten abgebaut werden, und zwar nicht da-

durch, daß die Kostenstruktur in Irland oder Portugal auf das deutsche Niveau angehoben wird, sondern umgekehrt, daß die Arbeitskosten in den Ländern mit dem höchsten Niveau tendenziell zurückgehen.

Viel einschneidender freilich haben sich die Rahmenbedingungen durch den Zusammenbruch des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa geändert. Leider hat man es politisch versäumt, für die mittel- und osteuropäischen Staaten einen "Europa-Plan", vergleichbar dem Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg ins Werk zu setzen. Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn sind dabei, eine leistungsfähige Wirtschaft aufzubauen. Sie müssen dies im wesentlichen aus eigener Kraft tun. Sie werden einen ähnlichen Weg gehen müssen, wie die Westdeutschen, die den Wiederaufbau mit harter Arbeit und mit bescheidenen Löhnen bewirkten und damit die Grundlage für den späteren Wohlstand legten. In den genannten Ländern sind die Löhne außerordentlich niedrig. Die Industriearbeiter verdienen im Monat zwischen 200 und 250 DM. Das Einkommen ermöglicht einen Lebensstandard, wie ihn die Westdeutschen etwa zwischen 1955 und 1960 hatten.

Im Hinblick auf die Rahmenbedingungen interessiert die Frage, wie sich die neue Nachbarschaft zu den osteuropäischen Ländern auf die Produktion und auf die Arbeitsplätze auswirkt. In Deutschland sind im Jahre 1993 nahezu eine Million Arbeitsplätze verlorengegangen. Fachleute nehmen an, daß ein großer Teil dieser Arbeitsplätze in die osteuropäischen Länder abgewandert ist. Nicht nur Großunternehmen wie VW oder Siemens investieren zum Beispiel in Tschechien. Auch mittlere und kleinere Unternehmen, die bei den hohen Arbeits- und Produktionskosten in Deutschland nicht mehr richtig mithalten können, sehen in der Verlagerung von Teilen ihrer Produktion in osteuropäische Länder die Chance, im Markt bleiben zu können.

Zugleich nützen diese Unternehmen ihre bisherigen Geschäftsverbindungen daheim und in westlichen Ländern, um die Produkte, die nunmehr in den osteuropäischen Ländern mit viel geringeren Arbeitskosten hergestellt werden, zu verkaufen. Auf diese Weise entsteht zusätzlicher Wettbewerbsdruck für die deutschen Firmen. Manchmal wird der Vorwurf des Lohn-Dumpings erhoben. Darunter versteht man den Versuch, durch möglichst geringe Löhne die Marktanteile zu behaupten oder zu vergrößern. Aber handelt es sich wirklich um Lohn-Dumping? Die Arbeitnehmer in Osteuropa, die über eine gute berufliche Qualifikation verfügen, würden natürlich gerne höhere Löhne mit nach Hause bringen. Aber die Tatsache, daß es dort kaum zu Streiks kommt, deutet darauf hin, daß die Arbeitnehmer bereit sind, die bestehenden Arbeits- und Lohnbedingungen hinzunehmen, um den Grundstock für wirtschaftlichen Wohlstand und sozialen Fortschritt zu legen.

Was hier für deutsche Unternehmen in Osteuropa gesagt wurde, gilt ganz allgemein. Schon die Einbeziehung von Spanien und Portugal, Irland und Griechenland in die Europäische Gemeinschaft hat die Rahmenbedingungen unserer Landwirtschaft, der Textilindustrie und anderer Wirtschaftszweige verändert. Die neue Nachbarschaft zu den osteuropäischen Ländern wird auch die Rahmenbedingungen für die Produktion und für die Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk verändern. Die Europäische Union kann und darf weder eine Lohnmauer noch eine Sozialmauer aufrichten, um Mitbewerber aus Osteuropa oder aus Entwicklungsländern abzuwehren. Politische Schutzmaßnahmen sind zwar berechtigt, um abrupte Brüche zu vermeiden und zu verhindern, daß ganze Wirtschaftszweige unter die Räder kommen. Auf der anderen Seite können die erforderlichen Angleichungs- und Anpassungsprozesse nicht nur von den Ländern mit niedrigem Lohnniveau und nur wenig ausgebauten sozialen Sicherungssystemen erwartet werden; sie müssen in gleicher Weise bei den Hochlohnländern, die auch über ein engmaschiges soziales Netz verfügen, einsetzen.

### **Die Arbeit neu verteilen - aber wie?**

Was ist zu tun? Gibt es für die Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, eine Hoffnung? Wo sind die Mittel und Wege, um das Krebsübel der modernen Gesellschaft wirksam zu bekämpfen? Die Beantwortung dieser Frage wird um so dringlicher, als Fachleute davon ausgehen, daß mit jeder großen Rezession der Sockel der Dauerarbeitslosen (Langzeitarbeitslose) um bis zu einer halben Million zunehmen könnte.

In der gegenwärtigen Beschäftigungskrise melden sich jene Stimmen in der öffentlichen Diskussion zurück, die jetzt eine Chance wittern, das Mißtrauen und die Zweifel an der sozialen Marktwirtschaft zu schüren. Darunter sind alte Marxisten, die immer noch der sozialistischen Planwirtschaft nachtrauern und bewußt unterschlagen, wie sehr die Arbeitnehmer Leidtragende dieses unfähigen und ungerechten Systems waren, die auch die versteckte Arbeitslosigkeit verschweigen, die in den sozialistisch regierten Staaten hoch war. Dazu gehören auch jene linken Ideologen, die zwar nach der Wende nicht mehr von Marx und marxistischer Analyse sprechen, aber im Grunde immer noch eine Alternative jenseits der sozialen Marktwirtschaft anvisieren.

Es gibt andere Positionen, die davon ausgehen, daß durch die Mechanisierung und Automatisierung der Produktion die erforderliche und nachgefragte Arbeit nicht mehr ausreicht, um allen, die Arbeit suchen, auch einen Arbeitsplatz zu sichern. Die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit wird in einer neuen Verteilung der Arbeit gesehen. Die Befürworter dieses Ansatzes reichen von

jenen Gewerkschaftsvertretern, die nahtlos an die bisherigen Aktionen der Arbeitszeitverkürzung "mit vollem Lohnausgleich" anknüpfen, bis hin zu christlich inspirierten Gruppen, die sich auf das Prinzip der Solidarität berufen und fordern, die vorhandene Arbeit müsse auf alle gerecht verteilt werden.

Man verweist neuerdings auf die VW-Vereinbarung über die Vier-Tage-Woche, der man eine Signalwirkung zuschreibt. Das Unternehmen hat - zeitlich begrenzt - auf die Entlassung von 30.000 Arbeitnehmern verzichtet, weil die Belegschaft bereit war, sich mit der entsprechenden Lohnminderung zufrieden zu geben. Vor allem hat VW darauf gedrängt, die Lohnzusatzkosten kräftig abzusenken. Aber hat diese Vereinbarung Modellcharakter, weil damit, wie man sagt, die Kooperation an die Stelle aggressiver Konkurrenz rückt? Oder weil die gesellschaftlichen Kosten nicht mehr einfach auf den Staat oder die Bundesanstalt für Arbeit abgewälzt werden und statt dessen die Belegschaft Lohnverzicht gegen Arbeitsplatzsicherheit eintauscht?

Zunächst muß man sehen, daß die Vereinbarung auf VW zugeschnitten ist. Schon die "natürliche Fluktuation" fällt bei einem Unternehmen dieser Größe ins Gewicht. Auf diese Weise gibt es zwar keine "Entlassungen", trotzdem wird Personal abgebaut. Wenn bisher kein anderes Automobilunternehmen (Mercedes, Opel, Ford) diesem Weg gefolgt ist, dann fragt man sich unwillkürlich, ob hier noch aggressive Konkurrenz herrscht und die Belegschaften dies nur nicht gemerkt haben? Aber ist es nicht so, daß VW aufgrund der dort produzierten kleineren Personenwagen hofft, daß der Absatz bald wieder die alte Höhe erreicht und dann auch die Vier-Tage-Woche wieder zurückgenommen werden kann, wohingegen Mercedes wegen der größeren und teureren Autos sich einer derartigen Hoffnung nicht hingeben kann? Und wie lange werden die Arbeitnehmer bei VW die vereinbarte Regelung mittragen und nicht darauf drängen, Wege zu beschreiten, wie sie die Belegschaften bei Opel und Ford gehen? Auch könnte die VW-Vereinbarung bestenfalls von Großunternehmen ähnlicher Struktur in Betracht gezogen werden, nicht aber von den mittleren und kleineren Unternehmen, bei denen immer noch die Mehrheit der Arbeitnehmer beschäftigt ist. Handelt es sich im Grunde bei dieser Vereinbarung nicht eher um eine konjunkturelle Maßnahme, die ähnlich wie das Kurzarbeitergeld wirkt, nur daß der Ausgleich nicht vom Staat, sondern von den Arbeitnehmern getragen wird? Wo immer ein derartiger Weg hilft, Absatzeinbrüche aufzufangen und Entlassungen zu vermeiden, sollte davon Gebrauch gemacht werden. Ein Modell, um strukturelle Probleme zu bewältigen, ist diese Vereinbarung nicht.

Aber bedarf die Lösung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise nicht der Besinnung und Aktivierung des Grundwertes der Solidarität? Und entspricht nicht das Verteilen und überhaupt das Teilen in besonderem Maße der Solida-

rität, die gegen Habsucht und Egoismus steht und sich in schwierigen Zeiten bewähren muß? Warum ist das Konzept des Teilens gerade für Christen und christliche Gruppen so attraktiv?

Nun kennt die Sozialverkündigung der Kirche von Anfang an nicht nur die Solidarität, sondern auch die Nächstenliebe. Teilen und Mitteilen, was man hat, ist in der christlichen Tradition primär mit der Nächstenliebe verbunden, die den Christen verpflichtet, dem notleidenden Mitmenschen zu helfen. Solidarität wiederum ist nicht ein anderes Wort für Caritas, sondern erwächst aus der von Gott geschaffenen Sozialnatur des Menschen. Solidarität und Nächstenliebe stehen durchaus in einem verwandtschaftlichen Verhältnis, aber sind doch verschieden.

Wenn vom Verteilen der Arbeit die Rede ist, so liegt dem die Vorstellung zugrunde, als ob es ein bestimmtes Arbeitsvolumen in der Gesellschaft gäbe, das verteilt werden muß. Vor allem in Zeiten großer Veränderungen im Produktionsprozeß, wenn zum Beispiel in der Kohle- und Stahlindustrie infolge verstärkten Wettbewerbs oder von Rationalisierungsmaßnahmen bestehende Arbeitsplätze abgebaut werden, entsteht bei vielen Arbeitnehmern der Eindruck, daß immer weniger Arbeit benötigt wird. Was in einer solchen Situation oft nicht gesehen wird, ist die Tatsache, daß in anderen Wirtschaftszweigen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei der ersten großen Krise von Kohle und Stahl im Ruhrgebiet in den sechziger Jahren fanden viele Arbeitnehmer einen neuen Arbeitsplatz in der damals aufstrebenden Automobilindustrie, in anderen Wirtschaftszweigen, im Handwerk. Im großen Stil vollzog sich auch der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft, als der Teil, der in der Industrie beschäftigt war, schrumpfte, dafür aber die Dienstleistungen stark zunahmen. Entscheidend ist, daß die Gesamtzahl der Arbeitsplätze trotz gewaltiger Veränderungen nicht abgenommen hat, sondern gestiegen ist. Die Vorstellung, als ob die Arbeit immer weniger gebraucht werde und deshalb neu verteilt werden müsse, ist eine statische Vorstellung und falsch. Die Wirtschaft ist nämlich ein dynamischer gesellschaftlicher Lebensprozeß, bei dem sich ständig die Voraussetzungen und Faktoren, auch die Rahmenbedingungen ändern.

Einer dieser Faktoren, die auch das Arbeitsvolumen beeinflussen, sind die Arbeitskosten, je nachdem ob sie steigen oder fallen. Wenn durch Erhöhung der Löhne und der Lohnzusatzkosten die Kostenbelastung der Unternehmen steigt, werden sie versuchen, durch Rationalisierungsmaßnahmen diese zusätzlichen Belastungen aufzufangen, vor allem dann, wenn sie die höheren Arbeitskosten wegen starker Konkurrenz in den Preisen nicht auf die Käufer abwälzen können. Die Beschäftigung ist keineswegs eine starre Größe, die nur richtig "verteilt" werden müßte. Das Denken in Verteilungskategorien lenkt ab von der Aufgabe, auf die es in der Wirtschaft jetzt ankommt.

## Das Gebot der Stunde: Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen

In die richtige Richtung weisen jene Vorstellungen, die von einer stärkeren Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit eine bessere Verteilung der Arbeit erwarten. Die bisherigen Tarifverträge sind zu starr und nehmen zu wenig auf die Bedürfnisse und auf die Situation des einzelnen Arbeitnehmers, auch nicht auf die Situation des Unternehmens beziehungsweise des Betriebs Rücksicht. Der jüngste Abschluß in der Chemie hat hier Maßstäbe gesetzt und man kann nur hoffen, daß auch die kommenden Tarifvereinbarungen zu ähnlichen Lösungen gelangen.

Eine erhebliche Zahl von zusätzlichen Arbeitsplätzen könnte entstehen, wenn mehr Teilzeitbeschäftigung geleistet würde. Kürzlich ging die Meldung durch die Presse, daß in den Niederlanden 35 Prozent (!) aller Arbeitsplätze Teilzeitarbeitsplätze sind. In Deutschland sind es hingegen lediglich 15 Prozent. Wenn nur 10 Prozent mehr Teilzeitarbeitsplätze vorhanden wären, so würde dies in absoluten Zahlen 2,85 Millionen mehr Arbeitsplätze ausmachen. Natürlich ist dies nur ein Rechenexempel. Aber gibt es nicht auch bei uns genügend Menschen, die bereit wären, einer Teilzeitbeschäftigung nachzugehen? Dies ist schon deshalb keine Illusion, weil viele Eltern und Ehepartner vor der Frage stehen, wie sie die Aufgaben im Haushalt, in Ehe und Familie mit denen in Arbeit und Beruf vereinbaren können. In nicht wenigen Fällen könnte hier die Teilzeitarbeit weiterhelfen und zugleich zusätzliche Beschäftigungschancen eröffnen.

Ob in der Industrie längerfristig mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können, ist umstritten. Da in den Bereichen der Großindustrie durch den Einsatz computergestützter Fertigungsprogramme auch künftig Rationalisierungsmaßnahmen unter dem Druck der hier besonders starken internationalen Konkurrenz vorgenommen werden, ist eher mit einem weiteren Rückgang der Arbeitsplätze zu rechnen. Es wäre bereits ein großer Erfolg, wenn durch neue Produkte und Produktionen etwa im Bereich des Umweltschutzes die bestehenden Arbeitsplätze gesichert werden könnten.

Neue Arbeitsplätze schaffen, dies kann vor allem in jenen Produktionszweigen erfolgen, denen in der Zukunft eine große Bedeutung zukommen wird. Dies ist der Fall im Verkehrsbereich, zumal Deutschland im Herzen Europas liegt und, wenn nicht infolge des Durchgangsverkehrs von Ost nach West, von Nord nach Süd und umgekehrt ein Infarkt eintreten soll, neue Bahnlinien und Straßen rechtzeitig gebaut werden müssen; in der Gentechnik, deren industrielle Nutzung heute schon in den USA, in Frankreich oder in England fortgeschritten ist; in der Luft- und Raumfahrt, nicht zuletzt bei der Nutzung der Kernenergie und den damit verbundenen Forschungs- und Anwendungsmög-

lichkeiten. In Deutschland gibt es große Widerstände gegen diese Zukunftstechnologien, so daß Unternehmen die entsprechenden Forschungs- und Produktionsabteilungen ins Ausland verlagert haben. Sicher: Von diesen Bereichen können große Gefahren für die Menschen ausgehen. Worauf es ankommt, ist die Erkenntnis und die Beachtung der Grenzen, jenseits deren die Technik zum Fluch der Menschheit werden kann. Diese Grenzen müssen überall anerkannt werden. Problematisch aber wäre es, diese Technik überhaupt abzulehnen, als ob sie Teufelswerk wäre und nicht auch Beiträge zur Lösung der Probleme leisten könnte. Es gilt, eine falsche Technik- und Industrie-feindlichkeit, die in Teilen der Bevölkerung verbreitet ist, zu überwinden. Anders ist die Situation in den Dienstleistungsbereichen, die in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen sind. Die Prognose-Institute gehen davon aus, daß dieser Sektor weiter wachsen wird und trotz zu erwartender Rationalisierungen insgesamt die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze noch erheblich zunehmen kann. Dies würde vor allem dann der Fall sein, wenn die Kosten in den Dienstleistungsbereichen in Schach gehalten werden.

Um nur ein Beispiel zu nennen: In den Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen waren früher viel mehr Menschen tätig. Viele Arbeitsplätze wurden in den letzten Jahren durch Rationalisierungsmaßnahmen eingespart, weil die hohen Löhne - trotz gewaltig steigender Budgets! - nicht mehr gezahlt werden konnten. Was würde passieren, wenn die Lohnzusatzkosten um ein Drittel geringer wären und mit den frei werdenden Finanzmitteln neue Stellen geschaffen würden?

Wenn die Arbeitslosigkeit das größte gesellschaftliche Übel und die Schaffung von Arbeitsplätzen das Gebot der Stunde ist, dann müssen alle zur Lösung der Wirtschaftskrise beitragen. Arbeitsplätze sind jetzt wichtiger als Lohnerhöhungen, auch wichtiger als die Forderung, wenigstens die Inflationsrate müsse ausgeglichen werden. Der Einwand, eine ausbleibende Lohnanpassung würde die Nachfrage der Verbraucher weiter schwächen und die Krise noch verschärfen, würde nur dann zutreffen, wenn sich eine derartige Regelung nicht günstig auf die Sicherung von Arbeitsplätzen oder auf die Einstellung von Arbeitskräften auswirkt, wie dies die Tarifvereinbarung in der Chemie erwartet. Am schwierigsten, allerdings auch am dringlichsten ist freilich nicht die Stärkung der Nachfrage der Verbraucher nach Konsumgütern, sondern die Wiederbelebung und Ankurbelung der Nachfrage der Unternehmen nach Investitionsgütern. Hier ist der Einbruch am schärfsten. Die Schaffung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Investitionstätigkeit wieder zunimmt. Natürlich sind Investitionen nicht nur eine Sache des Geldes. Es müssen Ideen, unternehmerische Fähigkeiten, qualifizierte Arbeit, Risikobereitschaft und Kapital zusammenkommen. Aber auch hier gilt es, die

Rahmenbedingungen zu beachten, die für die Kapitalbildung maßgeblich sind. Im Durchschnitt beträgt der Anteil des Eigenkapitals in den industriellen Unternehmungen in Deutschland nur 17 Prozent. In den USA, in Großbritannien, in Frankreich liegt er ungleich höher. Dieser Umstand bewirkt nicht nur eine verstärkte Abhängigkeit der Unternehmen von den Banken, er wirkt sich auch negativ auf die Risikobereitschaft zu Investitionen aus. Wenn es gelänge, den Anteil des Eigenkapitals zu erhöhen, würde dies auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen stärken und die Arbeitslosigkeit zurückdrängen.

Beide Kirchen haben sich soeben mit Nachdruck für die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ausgesprochen. Wie kann erreicht werden, daß künftig aus dem Lohneinkommen - nach Deckung des Lebensbedarfs - nicht nur die Vorsorge für die Zukunft und die Geldvermögensbildung getätigt werden, sondern auch eine Beteiligung am Produktivvermögen zustandekommt? Auf diese Weise würde die Eigenkapitalbasis der Unternehmen gestärkt. Dieses Ziel ist nicht nur für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und für die Stabilität unserer Gesellschaft entscheidend, sondern auch für die Beschäftigung.

Wenn die abhängig Beschäftigten 5 Prozent ihres Nettolohnes und -gehalts im Jahr sparen und diese Summe für investive Zwecke anlegen würden, wäre dies mehr als staatliche Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme, die nur über eine noch höhere Verschuldung des Bundes finanziert werden müßten. In der Beteiligung breiter Schichten am Produktivvermögen liegt ein Schlüssel für die Bewältigung der Herausforderungen.

### **Der Staat darf nicht überfordert werden**

Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit werden von der politischen Opposition und von den Gewerkschaften staatliche Investitionsförderungsprogramme gefordert. Man beruft sich dabei auf die Lehren des englischen Nationalökonomen John M. Keynes, wonach der Staat in der Wirtschaftskrise gegensteuern muß, auch wenn diese Programme über Kredite finanziert werden müßten und dadurch die Staatsverschuldung zunehmen würde.

Nun ist die Staatsverschuldung in Deutschland in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Der Aufbau der Wirtschaft und die Angleichung der Lebensverhältnisse in den östlichen Bundesländern sind nur möglich durch gewaltige Transferleistungen. Diese betragen allein 1993 insgesamt 220 Milliarden DM. Nur der kleinere Teil der Lasten der deutschen Einigung wird über die Erhöhung verschiedener Steuern, der weitaus größere Teil wurde und wird über Kreditaufnahmen des Bundes finanziert. Inzwischen haben Bund, Länder und

Gemeinden das "Föderale Konsolidierungsprogramm" beschlossen, das die Lasten vor allem der Treuhand künftig verteilt.

Sicherlich ist die Finanzierung der Kosten der deutschen Einigung ein Sonderfall, so daß es auch gerechtfertigt ist, ein höheres Maß an öffentlicher Verschuldung in Kauf zu nehmen, zumal damit die Erwartung verbunden ist, daß nach dem wirtschaftlichen Aufbau im Osten dann auch die Rückführung der Staatsverschuldung möglich sein wird. Diese Belastungen des Staates engen freilich den politischen Spielraum für die Bekämpfung der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise im Westen ein. Der Bund muß ständig zusätzliche Kredite aufnehmen, damit die Bundesanstalt für Arbeit die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weiterführen kann.

Wäre es nicht geboten, die Staatsverschuldung durch Steuererhöhungen einzudämmen, wie es die Opposition verlangt? Aber schon jetzt hat die Staatsquote, also die Abgaben zu den sozialen Sicherungssystemen und die Steuern, einen Rekordstand erreicht: mehr als 50 Prozent des Brutto sozialprodukts wird für soziale und staatliche Aufgaben verwendet. Der internationale Vergleich zeigt, daß Industrieländer, deren Staatsquote bei 40 Prozent liegt, eine niedrigere Arbeitslosigkeit haben. Es verbleibt den Bürgern mehr, um investieren zu können. Der Vorschlag, man solle die "Besserverdienenden" noch stärker belasten, übersieht, daß schon jetzt bei den Investitionen die Lücke klafft und deshalb auch viel zu wenig geschieht für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Der Neid ist in der jetzigen Situation ein schlechter Ratgeber. Solidarität darf nicht mißbraucht werden, sie darf nicht in Ausbeutung der Bürger umschlagen oder der nachwachsenden Generation immer noch mehr Lasten aufbürden. Es kommt darauf an, die Ansprüche an den Staat zurückzuschrauben und im sozialen Bereich die Prioritäten zu bedenken. Auch hier gilt: Das Gebot der Stunde ist die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

### **Zur Person des Verfassers**

Dr. theol., lic. phil. Anton Rauscher, Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg; Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach.